

Kai Gehring

Mit Wissen eine gute Zukunft für alle schaffen!

Bündnis 90/Die Grünen-Bundestagsfraktion: Aktivere Politik zum Schutz der Wissenschaftsfreiheit



Durch wachsende Anforderungen an Wissenschaft und Hochschulen besteht Handlungsbedarf in der Wissenschaftspolitik.

Foto: pixabay

Bis zur Bundestagswahl ist es noch etwas hin. Was jedoch bereits feststeht: Die Große Koalition hinterlässt ihren Nachfolgern zahlreiche unerledigte wissenschaftspolitische Baustellen. Die Bildungs- und Forschungsministerin ist außerhalb von Fachkreisen kaum bekannt und in wichtigen öffentlichen Debatten wie zum Beispiel „Integration durch Bildung“ ist sie wenig präsent. Dabei steigen die Anforderungen an die Wissenschaft und insbesondere an die Hochschulen: wachsende Studierenden-Zahlen, größere Studierneigung bei einer immer heterogeneren Studierendenschaft, gute Arbeitgeber mit klaren Karrierepfaden sein, der notwendige Ausbau von Erwachsenen- und Weiterbildung, Technologie- und Wissenstransfer (Third Mission) und ihre Funktion als Kristallisationspunkte regionaler Wissensnetze.

Wissenschaftspolitik seitens des Bundes hat vorrangig die Aufgabe unsere Hochschul- und Forschungslandschaft und das gesamte Wissenschafts- und Innovationssystem darin zu unterstützen, nachhaltige Beiträge zur Bewältigung der größten Herausforderungen unserer Zeit und Zukunft zu entwickeln.

Jenseits eines – seit mehreren Wahlperioden anhaltenden – Mittelzuwachses gelang es der Regierung auch in der Wissenschaftspolitik nicht, eine konsistente Politik zu formulieren und richtige Prioritäten zu setzen. Die Investitionsquote in Deutschland sinkt seit Jahren. Das ging besonders zulasten von Zukunftsinvestitionen. Wichtige Bildungs- und Forschungsinvestitionsziele (3,5 Prozent des BIP für F&E und 7 Prozent für Bildung) werden seit Jahren verfehlt. Infolge deutscher Investitionsschwäche werden wichtige Infrastrukturen sträflich vernachlässigt, so auch die „Infrastrukturen des Wissens“. Das sind schwere Hypotheken, die unsere Innovationskraft und unseren künftigen Wohlstand gefährden. Wir wollen diesen Investitionsstau prioritär angehen. Denn moderne Gebäude für Lehre und Forschung sind eine wichtige Basis für die Weiterentwicklung unserer Wissensgesellschaft. Wir wollen dafür ein Modernisierungsprogramm des Bundes für Hochschulbauten. Energieeffizienz, ökologisches Bauen, Barrierefreiheit, Digitalisierung und moderne Nutzungskonzepte gilt es miteinzubeziehen, wenn wir Infrastrukturen des Wissens auf die Höhe der Zeit bringen wollen.

Digitalisierung

Besonders schlecht steht das Hochschulsystem beim Thema Digitalisierung da: Seit vielen Jahren gelingt es nicht, ein für Bewerber und Hochschulen flächendeckend funktionierendes Zulassungssystem bereitzustellen. Die IT-Architekturen der einzelnen Hochschulen sind nicht miteinander kompatibel und oft hoffnungslos veraltet. Diese Herausforderung kann nur von allen Beteiligten gemeinsam bewältigt werden. Der Bund muss hier endlich seine koordinierende Rolle ausfüllen. Und er muss die Voraussetzungen für schnelles Internet schaffen, um die Teilhabe in der digitalen Gesellschaft für alle zu sichern – von dem einzelnen Bürger über das Forschungsinstitut bis zum Mittelständler auf dem Land. Dazu haben wir zahlreiche Konzepte in den Bundestag eingebracht. Denn Deutschland darf digital nicht noch weiter zurückfallen und muss seinen Modernisierungsrückstand zügig beheben.

„ Wer unser Land sozial, ökologisch und digital modernisieren will, muss anders wirtschaften und auch anders forschen. Wir wollen mehr Kreativität und Erfindergeist als Treiber des Wandels entfachen, setzen auf Freiheit und Vielfalt in der Forschung und auf bessere Perspektiven für Talente im Wissenschaftssystem. “

Zukunftssicherung

Mit der Fortsetzung der Bund-Länder-Programme Hochschulpakt, Pakt für Forschung und Innovation sowie der Exzellenzstrategie sind wichtige Impulse gesetzt, die wesentlich auf Vorgänger im Amt zurückgehen. Langfristige Verlässlichkeit fehlt jedoch weiterhin. Es ist und bleibt überfällig, dass der Bund in die Grundfinanzierung der Hochschulen mit einsteigt und sich so dauerhaft an deren Zukunftssicherung beteiligt. Der Umsetzung dieses Ziels steht das überkommene Kooperationsverbot nicht mehr entgegen. Die Hochschulen würden so mehr Planungssicherheit erhalten. Sie könnten schrittweise ihre strukturelle Unterfinanzierung überwinden und mehr Personal mit langfristigeren Verträgen einstellen – was sowohl dem wissenschaftlichen Nachwuchs als auch den Betreuungsrelationen zugutekäme. Diese Chance muss endlich beherzt ergriffen werden.

Wissenschaft muss zudem in ihrer zentralen Rolle für die Bewältigung der großen Herausforderungen gestärkt werden. Wer unser Land sozial, ökologisch und digital modernisieren will, muss anders wirtschaften und auch anders forschen. Unsere Ansätze dazu haben wir im von mir initiierten Fraktionsbeschluss „Forschen für den Wandel“ gebündelt. Wir wollen mehr Kreativität und Erfindergeist als Treiber des Wandels entfachen, setzen auf Freiheit und Vielfalt in der Forschung und auf bessere Perspektiven für Talente im Wissenschaftssystem. Wir wollen mehr Verantwortung, Transparenz und Beteiligung im Sinne von Bürgerwissenschaften (beispielsweise in „Reallaboren“) ermöglichen, die High-Tech-Strategie auf Nachhaltigkeit ausrichten und soziale und ökologische Innovationen stärken.

Soziale Gerechtigkeit

Unser Anspruch ist es, kein Talent verloren zu geben, sondern die Potenziale aller zu erschließen. Bildungsgerechtigkeit bedeutet für uns in diesem Sinne, Studienchancen in verschiedensten Lebenslagen zu gewährleisten. Ein Studium muss unabhängig von Herkunft und Finanzkraft der Eltern möglich sein. Unser Ziel ist eine individuelle und sozial gerechte Studienfinanzierung. Dafür wollen wir im ersten Schritt das BAföG deutlich aufstocken, die Höhe der Fördersätze und Freibeträge regelmäßig und automatisch erhöhen und die Wohnpauschale ortsabhängig ausgestalten. Im nächsten Schritt wollen wir ein Zwei-Säulen-Modell mit einem Studierendenzuschuss für alle und einem individuell bemessenen Bedarfszuschuss einführen, um für mehr junge Menschen Studieren gerechter zu finanzieren.

Eine wirksame Politik gegen die soziale Spaltung und für den Schutz unserer Lebensgrundlagen wollen wir solide finanzieren. Zur Gegenfinanzierung werden wir unter anderem ökologisch schädliche Subventionen abbauen und die von uns begonnene ökologische Finanzreform vorantreiben. Gleiches gilt für die Einführung eines steuerlichen Forschungsbonus für kleine und mittlere Unternehmen (KMU), für die wir als erste und einzige Fraktion einen konkreten Gesetzesentwurf vorgelegt haben. Denn die Kreativitätspotenziale von KMU gehören gestärkt.

Internationale Kooperation

In einer neuen Internationalisierungsstrategie für die Wissenschaft müssen wir ein Wertesystem vertreten, das sich nicht auf durchaus legitime wirtschaftliche Interessen reduziert. Wissenschaft ist per se international, sie lebt von Welttoffenheit und vom freien und internationalen Austausch. Wir wollen eine (Außen-)Wissenschaftspolitik, die den kritischen Dialog und die Verteidigung der Menschenrechte mitdenkt.

Informationen dazu, zum Forschungsbonus, zum Beschluss „Forschen für den Wandel“ und zu weiteren parlamentarischen Initiativen finden Sie unter <http://www.gruene-bundestag.de/themen/forschung.html>



Kai Gehring MdB (Bündnis 90/Die Grünen) ist Sprecher für Hochschule, Wissenschaft und Forschung seiner Fraktion und kommt aus Essen.

Foto: Stefan Kaminski

Stichwörter
Finanzierung
Digitalisierung
Innovationen
Wissenschaftspolitik

Kontakt:

Kai Gehring
 Mitglied des Deutschen Bundestages
 Deutscher Bundestag
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin
 Tel.: +49 30 227 745 01
 Fax: +49 30 227 766 42
 E-Mail: kai.gehring@bundestag.de
www.kai-gehring.de